Landtag Rheinland-Pfalz
Parl. Geschäftsstelle
22/3/17 16:30
Datum Uhrzeit

Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/1217
VORLAGE

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Medien, Digitale Infrastruktur
und Netzpolitik des
Landtages Rheinland-Pfalz
Herrn Heribert Friedmann
Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

- zu Vorlage 17/1031 -

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BEIM BUND UND FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

21. **März 2017**

Mein Aktenzeichen	**Ihr Schreiben vom**	**Ansprechpartner/-in / E-Mail**	**Telefon / Fax**
Abt. 4 Bitte immer angeben!		Dr. Vyacheslav Bortnikov medienreferat.@stk.rlp.de	06131 16-5741 06131 16-4721

Sitzung des Ausschusses für Medien, digitale Infrastruktur und Netzpolitik am 2. März 2017
Tagesordnungspunkt 10 „Privatradios verlassen Digitalradio-Board“

Sehr geehrter Herr Friedmann,

wie in der Sitzung des Ausschusses für Medien, digitale Infrastruktur und Netzpolitik vereinbart, möchte ich Ihnen die schriftliche Stellungnahme der Landesregierung zu dem o.g. Tagesordnungspunkt übermitteln:

Am 17. Februar 2017 veröffentlichte der VPRT eine Pressemitteilung mit dem Titel „Privatradios verlassen Digitalradio-Board des Bundesverkehrsministeriums ohne Zustimmung zu einem gemeinsamen Aktionsplan“ (vgl. **Anlage 1**).

Während die meisten Rundfunkübertragungswege in Deutschland weitestgehend digitalisiert sind, hinkt die Digitalisierung der terrestrischen Hörfunkübertragung noch hinterher. Dabei bietet die digitale Technik viele Vorteile gegenüber der analogen UKW-Übertragung:

- Bessere Versorgung der Bevölkerung,
- Bessere Qualität der Übertragung,
- Wirtschaftliche Nutzung von Frequenzressourcen,
- Niedrigere Verbreitungskosten.

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017

Länder wie Großbritannien, die Schweiz und Norwegen sind Vorreiter in der Digitalisierung der Hörfunkübertragung. 57% der Bevölkerung in Großbritannien besitzen ein DAB-Empfangsgerät; in Norwegen sind es aktuell 71%.

Norwegen leitete den Prozess der UKW-Abschaltung im Januar 2017 ein: Bis Ende dieses Jahres wird UKW dort der Vergangenheit angehören. Nach dem am 08. Februar 2017 veröffentlichten „Digital Radio 2017 report" der Europäischen Rundfunkunion (EBU) könnten die Kriterien für eine UKW-Abschaltung in Großbritannien im Jahr 2018 erfüllt sein. In der Schweiz ist eine Abschaltung in der Zeit zwischen 2020 und 2024 geplant.

In dem „Digital Radio 2017 report" der EBU wurde noch einmal zu Recht hervorgehoben, dass für den Erfolg von Digitalradio alle Beteiligten zusammenwirken müssen.

Das beim BMVI 2015 eingerichtete Digitalradio-Board, dem meine Kollegin Parlamentarische Staatssekretärin Dorothee Bär und ich vorsitzen, dient genau dem Ziel, den Bund, die Länder und alle Marktakteure an einen Tisch zu bringen und einen gemeinsamen Aktionsplan für die Entwicklung des Digitalradios in Deutschland zu entwickeln.

Private Hörfunkanbieter waren in dem Digitalradio Board von Anfang an durch den Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) und die die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) vertreten.

In der Sitzung des Digitalradio-Boards am 16. Februar 2017 haben Dorothee Bär und ich einen Entwurf des Aktionsplans vorgestellt, der aus unserer Sicht angesichts der im Board geführten Diskussionen einen Branchenkompromiss darstellt. Der Entwurf wurde mir übergeben mit der Bitte um Beratung in der Rundfunkkommission der Länder.

Während die APR, die die Interessen lokaler und regionaler Privatradios vertritt, neben den anderen Board-Teilnehmern den Entwurf des Aktionsplans mittrug, lehnte der VPRT den Entwurf ab. Die Einwände des VPRT sind aus unserer Sicht nicht überzeugend. Eine bestimmte Technologie wird nicht gesetzlich verordnet. Der Vorschlag einer Interoperabilitätsverpflichtung für Radiogeräte bezieht sich auf den Empfang und die Wiedergabe digital codierter Inhalte und verfolgt damit einen

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.–3. Oktober 2017

technologieoffenen Ansatz. Im Übrigen sollen Nutzerinnen und Nutzer durch den Vorschlag nur die Möglichkeit bekommen, digital codierte Inhalte zusätzlich zum analogen Radio zu empfangen.

Außerdem hat das Board eine Regelung vorgeschlagen, nach der UKW-Frequenzen, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk zugunsten von DAB+ freigegibt, nicht neu vergeben werden dürfen. Dadurch könnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk das UKW-Frequenzband räumen, ohne befürchten zu müssen, dass die UKW-Frequenzen an die private Konkurrenz vergeben werden. Ein Ende des UKW-Standards für private Hörfunkveranstalter ist damit – entgegen der Behauptung des VPRT – in keiner Weise verbunden.

Der Entwurf des Aktionsplans wird von der absoluten Mehrheit der Board-Mitglieder mitgetragen. Der VPRT vertritt dabei einen Teil der privaten Hörfunkveranstalter. Die durch die APR vertretenen 290 Unternehmen haben den Aktionsplan positiv aufgenommen. Insgesamt sind wir zuversichtlich. Ich werde nicht müde, zu betonen: Die Zukunft des Radios ist digital. Und der Prozess der Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten. Die aktuelle vom Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) in Auftrag gegebene Studie zeigt, welchen Schub die Geräteverbreitung in Deutschland bekommen hat (**Anlage 2**):

- 22 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren besitzen ein Digitalradio;
- 21 Prozent aller Neufahrzeuge in Deutschland empfangen DAB.

Mit dem 2. bundesweiten Multiplex, der ein weiteres bundesweites Hörfunkangebot ermöglichen wird, wird DAB+ bald noch zusätzlich an Reichweite und damit an Bedeutung gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

Tag der Deutscher Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017

Top-Themen der Consumer-Electronics-Branche: TV- und Audio-Nutzung in Deutschland

Nicht nur auf Messen, sondern auch zu Hause – smarte Unterhaltungselektronik ist im Alltag der Konsumenten angekommen

Repräsentative GfK-Online-Umfrage bei 2.004 Personen ab 14 Jahren

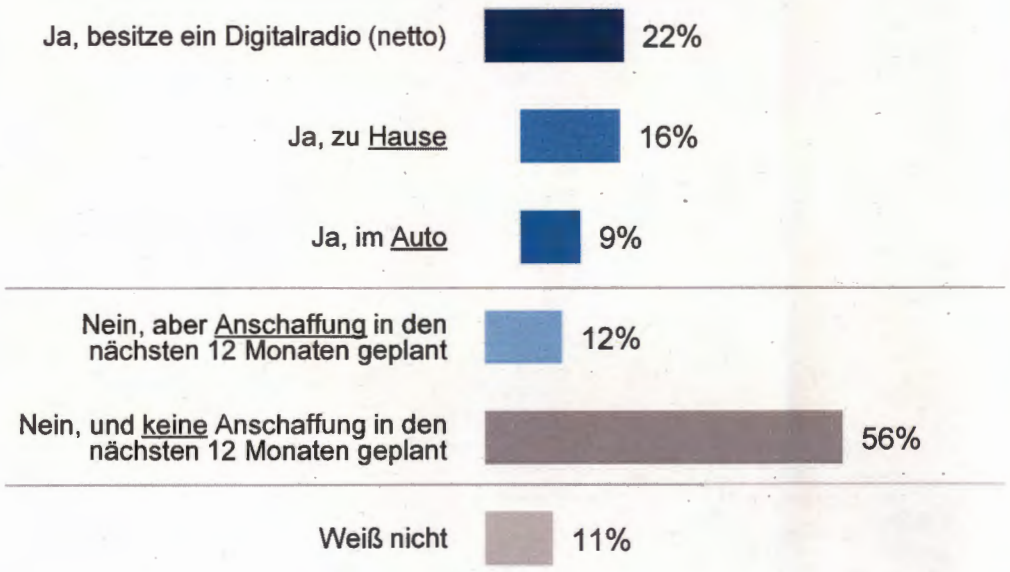
GfK SE im Auftrag des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. , Dezember 2016

Studiendesign

Methode	Online Interviews (CAWI)
Stichprobe	N=2004
Zielgruppe	• Online-Nutzer, 14 Jahre oder älter • Quoten auf Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße • Gewichtung der Stichprobe (Online-Nutzer, 14+) nach Alter, Geschlecht, Bildung, Ortsgröße → Personen ab 14 Jahren repräsentativ für die deutschsprachige Online-Bevölkerung
Fragebogen	ca. 15 Minuten
Feldzeit	04.11 bis 14.11.2016

Rund jeder Fünfte besitzt bereits ein Digitalradio; weitere 12% planen im nächsten Jahr ein solches anzuschaffen

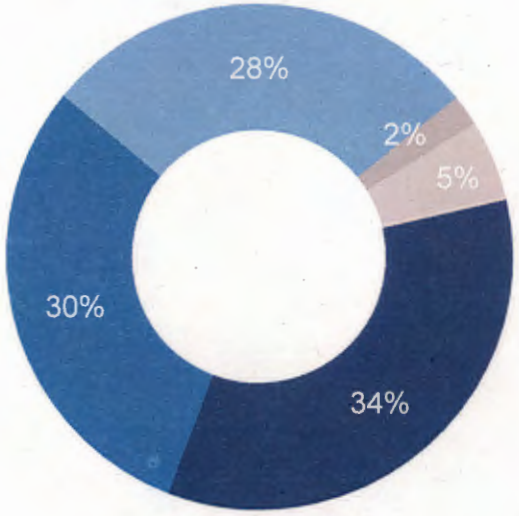
Digitalradio (DAB, DAB+): Besitz und Anschaffungsplanung



D03. Besitzen Sie ein Digitalradio mit dem Sie DAB und DAB+ Programme via Antenne empfangen können bzw. planen Sie innerhalb der nächsten 12 Monate ein Digitalradio anzuschaffen? (Mehrfachnennung)
Basis: n=2004 Befragte 14+ Jahre

Radio, physische Datenträger und Streaming erfreuen sich einer relativ ausgewogenen Beliebtheit

Bevorzugtes Medium zum Musik hören



- Ich höre nur Radio
- Über physische Datenträger (CD und/oder DVD)
- Über Audio-Streaming von Musikdateien
- Ich höre grundsätzlich keine Musik
- Keine Angabe

D06. Wie hören Sie bevorzugt ihre Lieblings-Musik?
Basis: n=2004 Befragte 14+ Jahre

Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

PRESSEMITTEILUNG Nr. 3/2017

Privatradios verlassen Digitalradio-Board des Bundesverkehrsministeriums ohne Zustimmung zu einem gemeinsamen Aktionsplan

- **VPRT-Radiovorsitzender Klaus Schunk: „Es ist vollkommen inakzeptabel, wenn eine neue Technologie an den Marktgegebenheiten vorbei politisch verordnet werden soll."**
- **Einseitiges Agieren zu Gunsten des Übertragungsstandards DAB+ ist keine Basis für eine gemeinsame Roadmap**

Berlin, 17. Februar 2017
Die im Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT) zusammengeschlossenen Privatradios haben gestern den „Aktionsplan zur Transformation der Hörfunkverbreitung in das digitale Zeitalter" als nicht markttauglich abgelehnt und ihre Mitarbeit im Digitalradio-Board des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) auf dieser Grundlage beendet.

Der Entwurf der Roadmap wurde gestern von der Parlamentarischen Staatssekretärin Bär an die Staatssekretärin Raab (Rheinland-Pfalz) zur weiteren Beratung an die Rundfunkkommission der Länder übergeben. Der VPRT fordert, dass die Länder nun im Sinne der Vielfaltssicherung im dualen System agieren.

Der Vorsitzende des Fachbereichs Radio und Audiodienste im VPRT und Geschäftsführer von Radio Regenbogen, Klaus Schunk, erklärte: „Neue Technologien kann man politisch nicht verordnen. Sie müssen die Konsumenten überzeugen und sich im Markt von sich aus durchsetzen. Der Ansatz, eine Roadmap für den Übergang in die digitale Radiozukunft mit allen Beteiligten zu erarbeiten, war ein richtiger und wichtiger Versuch. Er ist aus Sicht der Privatradios leider gescheitert. Der Entwurf des Aktionsplans gibt kein marktkonformes Migrationsszenario vor. Er fördert den Übertragungsstandard DAB+ einseitig und an den Markt- und Nutzungsgegebenheiten vorbei."

Die Privatradios kritisieren unter anderem die Maßnahme, von öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht mehr genutzte UKW-Frequenzen größtenteils brachliegen zu lassen und keiner neuen Verwendung durch private Radios zuzuführen. „In dieser Form protektionistisch das Ende des meist genutzten UKW-Standards einzuleiten, der für die Privatradios noch lange und alternativlos Geschäftsgrundlage sein wird, ist nicht akzeptabel. Werden UKW-Frequenzen von ARD oder Deutschlandradio zurückgegeben, sollten sie dafür genutzt werden, neue Gebiete für die seit jeher schlechter gestellten Privatradios zu versorgen und nicht staatlich eingezogen werden", so Schunk.

Darüber hinaus kritisiert der VPRT, dass zur Förderung von Digitalradio eine Regelung für Hörfunkempfangsgeräte vorgeschlagen wird, die mobile Geräte ausklammert. „Smartphones sind ein wichtiger und wachsender Markt für den digitalen Radioempfang. Sie in einer digitalen Migrationsplanung nicht zu berücksichtigen, heißt schlichtweg, das Verhalten der Verbraucher auszublenden", so Klaus Schunk.

Für Rückfragen:

Pressesprecher Hartmut Schultz, Hartmut Schultz Kommunikation GmbH
T | +49 30 3 98 80-101, E | hs@schultz-kommunikation.com

Über den VPRT:

Der VPRT ist die Interessenvertretung der privaten Rundfunk- und Telemedienunternehmen. Mit ihren TV-, Radio-, Online- und Mobileangeboten bereichern seine rund 150 Mitglieder Deutschlands Medienlandschaft durch Vielfalt, Kreativität und Innovation. Damit das auch in der digitalen Welt so bleibt, müssen die regulatorischen, technologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Als Wirtschaftsverband unterstützen wir unsere Unternehmen im Dialog mit Politik und Marktpartnern beim Erreichen dieses Ziels – national und auf EU-Ebene.

Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

Stromstraße 1, 10555 Berlin
Rue des Deux Eglises 26, B-1000 Bruxelles – Büro Brüssel

T | +49 30 3 98 80-0, F | +49 30 3 98 80-148
E | info@vprt.de

www.vprt.de